

2
84

Union in Deutschland

Bonn, den 19. Januar 1984

„Berliner Erklärung 1984“

der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
des Deutschen Bundestages,
16. Januar 1984

① Die freiheitliche Demokratie des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland lebt von der Mitwirkung ihrer Bürger, von der Solidarität, die sie untereinander und zum Staat entwickeln. Freiheitliche Demokratie bedarf der Mitverantwortung für das Ganze und der Einhaltung der Regeln des demokratischen Zusammenlebens um der Freiheit aller willen.

② Jeder Bürger ist zum Rechtsgehorsam verpflichtet. Kern des Rechtsgehorsams ist die Friedenspflicht. Sie verlangt, den Kampf um das Recht nur in den Bahnen des Rechts zu führen, in privaten und politischen Konflikten auf Anwendung und Androhung von jeglicher Gewalt zu verzichten und die Freiheit des anderen zu achten.

③ Wer Entscheidungen der Parlamente, Regierungen, Verwaltungen oder Gerichte nicht billigt, kann gegen sie auf dem Rechtswege und auf dem Wege offener Meinungs- und Willensbildung opponieren und alle verfassungsmäßigen Verfahren ausschöpfen, um durch eine demokratisch legitimierte Entscheidung ihre Än-

(Fortsetzung auf Seite 2)

■ STAATSFINANZEN

Bilanz des Bundeshaushaltes
1983: Das Sparen hat sich
gelohnt Seite 5

■ „59er REGELUNG“

Die SPD verliert jetzt jeden Sinn
für soziale Gerechtigkeit Seite 7

■ HESSEN

Ein rotgrünes Bündnis
schadet den hessischen
Interessen Seite 8

■ INFORMATION

Fast 90 Prozent der Delegierten
stimmten für Bernhard Worms
Seite 9

■ MIETEN

Vorhersagen über Explosion der
Mieten haben sich nicht bewahr-
heitet Seite 11

■ BUNDESPARTEI

Delegiertenschlüssel zum
32. Bundesparteitag in Stuttgart
Seite 15

■ DOKUMENTATION

Teil I: Wir haben seit 1974 das
niedrigste Geburtenniveau der
Welt / Teil II: Subventionen des
Bundes grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

derung im Rahmen der Verfassung zu erreichen. Unzulässig ist jedoch die Aufkündigung des demokratischen Verfassungskonsenses.

④ Das weitausgreifende Grundrecht der Meinungsfreiheit — die freie Rede, der Protest, die Demonstration, das Einwirken auf Parteien und Parlamentarier — muß sich im Rahmen der geltenden Gesetze halten. Die vielfältigen Äußerungsformen dieses Grundrechts stehen unter dem Gebot der Friedenspflicht. Das Grundgesetz bindet das Demonstrationsrecht an die Pflicht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln.

⑤ Das Grundgesetz billigt in Artikel 20,4 allen Bürgern ein Recht auf Widerstand gegen jeden zu, der es unternimmt, unsere freiheitliche, demokratische und soziale Ordnung zu beseitigen. Dieses Recht richtet sich als Verfassungsnothilfe gegen den Staatsstreich. Es soll den Rechtsstaat schützen, nicht ihn untergraben. Ein Widerstandsrecht gegen den freiheitlich-demokratischen Verfassungsstaat selbst gibt es daher nicht. Gegen dessen Recht und Gesetz gibt es weder ein Recht zum „gewaltfreien“ noch zum „gewalttätigen Widerstand“, gibt es weder ein Recht zum „zivilen“ noch zum „militärischen Ungehorsam“.

⑥ „Ziviler Ungehorsam“ oder „gewaltfreier Widerstand“ in Form bewußter Verletzung von Gesetzen, als Versuch, andere Bürger oder Verfassungsorgane in ihrer freien Entscheidung zu behindern oder zu nötigen, verstößt gegen die Friedenspflicht und ist Rechtsbruch. Solchen Rechtsbruch abzuwehren und zu bestrafen, ist nicht Kriminalisierung und Einschränkung der Meinungs- und Demonstrationsfreiheit, sondern Schutz der Freiheit Andersdenkender, ist Wahrung und Wiederherstellung verletzten Rechts. Die Gleichheit aller vor dem Gesetz gestattet hier keinen rechtsfreien Raum.

⑦ Befürworter des „zivilen Ungehorsams“ berufen sich bei ihren Aktionen vielfach auf das Gewissen als Brennpunkt der sittlichen Freiheit des einzelnen. Sie stilisieren oft sogar ihre persönliche Entscheidung zu einer Art Gewissen der Nation. Damit wird — trotz lauterer Überzeugung im Einzelfall — die Gewissensfreiheit Andersdenkender verletzt und verächtlich gemacht. Diese Verletzung der Gewissensfreiheit ist abzulehnen.

⑧ Die Propagandisten des „zivilen Ungehorsams“ bewegen sich in Argumentation und Aktion in einer Grauzone zwischen Widerstand gegen den demokratischen Rechtsstaat und Wahrnehmung der Möglichkeiten, die das Grundrecht der Meinungsfreiheit jedem Bürger einräumt. Je nach der taktischen Einschätzung der politischen Situation betonen sie mehr das eine oder das andere. Ihre Absicht ist es, ein öffentliches Klima herzustellen, in dem die Grenzen zwischen Recht und Unrecht verschwimmen, in dem die Rechtsgemeinschaft uneins wird, staatliche Organe in der Abwehr von Rechtsverletzungen gelähmt sind und schließlich eine Situation entsteht, in der wichtige verfassungsmäßige Regeln unseres Staates außer Kraft gesetzt werden können. Es gilt, diesen Angriffen rechtzeitig und entschieden entgegenzutreten.

⑨ Die Fraktion der CDU/CSU des Deutschen Bundestages stellt mit Genugtuung fest, daß die überwältigende Mehrheit unseres Volkes trotz aller Spannungen und Gegensätze in politischen Einzelfragen mit Überzeugung zu unserem

demokratischen Rechtsstaat steht. Diese Mehrheit der Bürger lehnt „zivilen Ungehorsam“ als Form des politischen Kampfes ab und nimmt die Möglichkeiten unserer Verfassung zu politischer Kritik, Kontrolle, Mitgestaltung und Reform wahr.

⑩ Es kann jedoch nicht übersehen werden, daß es Gruppen gibt, die unter Berufung auf Gewissensentscheidungen unseren demokratischen Staat bekämpfen, ihm menschenfeindliche Absichten unterstellen und mit Angstparolen Mißtrauen gegen ihn schüren. Diese Gruppen zerstören den Rechtsfrieden. Auch diejenigen, die sich von solchen Gruppen fahrlässig einspannen lassen oder mit ihnen koalieren, tragen dazu bei, die Fundamente unserer freiheitlichen Demokratie zu untergraben.

⑪ Von historischer Stätte aus, dem Reichstag in Berlin, erinnert die Fraktion der CDU/CSU des Deutschen Bundestages an das Schicksal der ersten deutschen Republik, die durch den Angriff der Gegner des parlamentarischen Systems geschwächt und schließlich zerstört wurde. Auch damals waren es Landfriedensbruch, demagogische Parolen, Nichtbeachtung parlamentarischer Regeln, Nötigung und Verunglimpfung der frei gewählten Abgeordneten und bewußte Verletzung der Gesetze, die den Rechtsfrieden und die Abwehrkräfte der Republik untergruben. Dieses Unglück mit all dem Schrecklichen, das daraus entstand, darf sich nicht wiederholen. Es gilt, den Anfängen zu wehren.

⑫ Die Erhaltung des freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaates erfordert moralische Kraft und geistige Anstrengung. Nicht „zivilen Ungehorsam“ ist das Gebot der Stunde, sondern Zivilcourage im Einsatz für Recht, Freiheit und Frieden. Wenn wir den Rechtsstaat verteidigen, lösen wir zugleich das Vermächtnis des deutschen Widerstandes gegen den Unrechtsstaat Hitlers ein, der unsägliches Leid über unser Volk und die Welt gebracht hat. Diesem Widerstand fühlen wir uns verpflichtet. Die zweite deutsche Republik im Geiste der Männer und Frauen des 20. Juli 1944 zu stärken und zu verteidigen, ist unsere demokratische und patriotische Pflicht.

Mit unserer „Berliner Erklärung“ wollen wir, erläuterte Alfred Dregger, an alle demokratischen Kräfte in unserem Staat appellieren, mit uns gemeinsam der Intoleranz, der Selbstgerechtigkeit und dem Fanatismus undemokratischer Gruppen entschlossen entgegenzutreten. Die Erfahrungen von Weimar dürfen nicht in Vergessenheit geraten.

Weimar ging an der Resignation der demokratischen Parteien, am emotionalen Hochputschen plebiszitärer, antiparlamentarischer und rechts- und linksradikaler Strömungen, an der Selbstentlebung von Liberalismus und bürgerlicher Freiheit zu-

grunde, begleitet von einem Freund-Feind-Denken in Politik, Gesellschaft und Kultur. Solche Tendenzen und Symptome sind auch in der Bundesrepublik nicht zu verkennen. Die Anzweiflung des pluralistischen Parteienstaates, die Verhöhnung der wehrhaften Demokratie des Grundgesetzes, eine sich verstärkende radikale Systemkritik, ein sich relativierendes Rechtsbewußtsein — das alles sind Anzeichen, die Anlaß zu Besorgnis geben und zur Wachsamkeit mahnen.

Im In- und Ausland haben nicht zuletzt manche Begleitumstände der Nachrüstungsdebatte fatale Erinnerungen ge-

weckt. Doch sollte daraus niemand falsche Schlüsse ziehen. Wir lassen uns nicht einschüchtern.

Wir wissen: Politischer Protest, politische Kritik, parlamentarische wie außerparlamentarische Opposition, die sich im Rahmen der freiheitlichen Ordnung des Grundgesetzes bewegen, sind legale und legitime Ausübungen der Grundrechte und der demokratischen Kompetenzen; sie gehören zur Normalität der freiheitlichen Demokratie. Wir stehen aus Überzeugung zur Freiheit des Andersdenkenden. Doch wir werden es nicht zulassen, daß Minderheiten, die elitär von sich behaupten, im Besitze der Wahrheit zu sein, durch Rechtsbrüche und Nötigung die Tür zum Gesinnungsterror öffnen.

Unsere rechts- und sozialstaatliche Ordnung — die freiheitlichste, die es in der

Stockholm: Chance zur Vertrauensbildung

Große Erwartungen für eine Verbesserung des Ost-West-Dialogs werden in die „Konferenz für vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa“ (KVAE) gesetzt: Nach Unterbrechung des gesamten Rüstungskontroll-Dialogs durch die Sowjetunion Ende letzten Jahres ist diese Konferenz das erste Forum, auf dem alle europäischen Staaten, die USA und Kanada gemeinsam über Fragen der europäischen Sicherheit verhandeln, erklärte Volker Rühle, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Die KVAE bietet damit die Chance, daß sich über die sicherheitspolitischen Fragen hinaus langsam wieder ein vernünftiges Verhältnis zwischen Ost und West schaffen läßt. Dennoch: Vor allzu großer Euphorie bezüglich schneller KVAE-Verhandlungsergebnisse ist zu warnen.

Geschichte je gegeben hat — verdient keine Gleichgültigkeit und keine Verweigerung. Sie ist es wert, verteidigt zu werden mit Augenmaß, mit Gelassenheit, aber auch mit der Leidenschaft des Herzens.

Recht, Freiheit und Frieden sind nicht selbstverständlich, sondern müssen stets aufs neue errungen, bewahrt und gesichert werden. Dazu bedarf es ständiger Anstrengungen ebenso wie institutioneller Vorkehrungen, um die Macht im Gleichgewicht und unter Kontrolle zu halten. Im freiheitlichen Rechtsstaat schützen die Gesetze auch Minderheiten, sind auch Mehrheiten, ist auch die Politik dem Recht unterworfen.

Im sozialen Rechtsstaat ist die Ordnungsfunktion des Staates schließlich kein Selbstzweck. Sie ist zielgerichtet und sollte außer als notwendige Bedingung für die Gewährleistung persönlicher und gesellschaftlicher Freiheit auch als Chance zur Erreichung eines Höchstmaßes an sozialer Gerechtigkeit begriffen und genutzt werden. Erst Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verschaffen auf Dauer dem inneren und äußeren Frieden ein solides Fundament.

Die Fraktion der CDU/CSU des Deutschen Bundestages ruft von historischer Stätte aus, vom Reichstag in Berlin, auf zu einer Stärkung des Vertrauens in die friedensstiftende und freiheitssichernde Funktion des Rechts. Wir sind um der Freiheit aller willen auf die Beachtung der demokratischen Spielregeln angewiesen. Wir brauchen und fordern wieder mehr Gemeinsinn, mehr Toleranz, mehr Rücksichtnahme auf das Recht des anderen, größeres Verantwortungsbewußtsein und strikte Gesetzestreue. Wir brauchen aber auch mehr Mut, mehr Zuversicht und mehr Zivilcourage — mehr von den Tugenden, die gerade die Berliner in schweren Zeiten so beispielhaft bewiesen haben.

■ STAATSFINANZEN

Bilanz des Bundeshaushaltes 1983: Das Sparen hat sich gelohnt

Der Abschluß des Bundeshaushaltes 1983 übertrifft die bisher schon positiven Erwartungen, heißt es in einer Erklärung von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg. Nach den jetzt vorliegenden Kassenzahlen liegen die Ist-Ausgaben mit 246,7 Milliarden DM um 2,6 v. H. oder 6,5 Milliarden DM unter dem Soll. Die Einnahmen übersteigen dagegen mit 2,9 Milliarden DM — davon 2,3 Milliarden DM Steuern — die Ansätze, so daß die Nettokreditaufnahme auf 31,5 Milliarden DM beschränkt werden konnte; sie liegt damit um 9,4 Milliarden DM unter der veranschlagten Kreditermächtigung.

Minderausgaben haben sich vor allem bei den Aufwendungen für Arbeitslosigkeit, in einzelnen Bereichen von gezielt festgelegten Sozialleistungen, bei den Gewährleistungen und Zinsen sowie auch bei Subventionen ergeben. Das Abschlußergebnis drückt insgesamt ein sparsames Ausgabenverhalten im Vollzug des Haushalts und ein neues Kostenbewußtsein aus.

Die SPD-Opposition glaubte bis zur Jahresmitte 1983 immer wieder Deckungslücken im Haushalt entdeckt zu haben und Nachträge fordern zu müssen. Die tatsächliche Entwicklung hat alle diese Behauptungen widerlegt. Dieses Ergebnis zeigt, daß die Regierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen auf dem richtigen Wege sind. Das ist wichtiger als Genugtuung über die Fehleinschätzungen der Opposition.

Unsere Auffassung, daß die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nicht nur und nicht einmal in erster Linie fiskalpolitisch begründet ist, sondern zu den zentralen Voraussetzungen gehört, daß sich der Privatwirtschaft neue Spielräume eröffnen, neues Vertrauen geschaffen wird und so die Wirtschaftsentwicklung angeregt wird, ist eindrucksvoll bestätigt.

Auch bei Ländern und Gemeinden zeigt sich eine deutliche Konsolidierung. Nach den Erörterungen im Finanzplanungsrat und unseren Erkenntnissen ist zu erwarten, daß die Ausgaben der Ländergesamttheit ebenfalls deutlich unter den Ansätzen geblieben sind (Steigerungsrate etwa 1½ v. H. statt 2,6 v. H.). Deren Nettokreditaufnahme dürfte damit bei gut 20 Milliarden DM liegen, um 3 bis 4 Milliarden DM weniger als 1982.

Auch bei den Gemeinden insgesamt dürfte die Nettokreditaufnahme nur noch etwa 2 Milliarden DM ausmachen. Nach dem Rückgang der gemeindlichen Sachinvestitionen in den beiden letzten Jahren ist nach allen Erklärungen aus dem Kommunalbereich 1984 wieder mit einem Wachstum bei den Investitionen zu rechnen.

Wichtigste Ursache für das insgesamt positive Haushaltsergebnis 1983 ist eine gesamtwirtschaftliche Entwicklung, die weit besser war, als es alle Prognosen für 1983 erwarten ließen. Die jetzt bekannten Wirtschaftsdaten bestätigen, daß die deutsche Wirtschaft wieder wächst (Projektion des Jahreswirtschaftsberichts: 0 v. H.; jetzt 1,2 v. H.) und daß die Inflationsrate wieder nahe bei den Stabilitätsverhältnis-

sen der fünfziger und sechziger Jahre liegt. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit lag um knapp 100 000 unter der Zahl, die dem Haushalt zugrunde gelegt worden war.

Aber es zeichnen sich auch erste strukturelle Verbesserungen in unserer Wirtschaft ab: der Investitionsanteil am Bruttozialprodukt ist von 20,2 v.H. in 1982 auf 21,2 v.H. in 1983 gestiegen, der Staatsanteil hat sich von 49,9 v.H. auf 49,1 v.H. verringert, die Anträge auf Existenzgründungsdarlehen haben sich im letzten Jahr gegenüber dem Vorjahr verdreifacht, und die erschreckende Insolvenzwelle der letzten Jahre ebbt langsam ab.

Für 1984 sind bei der Beschlußfassung über den Haushalt die sich aus der erkennbaren Ausgabentwicklung des Jahres 1983 ergebenden Konsequenzen in wichtigen Einzelbereichen schon gezogen worden. Dennoch begründet der erfreuliche Abschluß 1983 die Hoffnung, 1984 bei der Nettokreditaufnahme eine Zahl unter 30 Milliarden DM — Soll: 33,6 Milliarden DM — erreichen zu können.

Das Ergebnis 1983 ist ein wichtiger und ermutigender Schritt auf dem langen Weg der Haushaltsgesundung. Sie ist aber noch längst nicht erreicht. Es darf nicht außer acht gelassen werden, daß die Einnahmen durch einen Bundesbankgewinn von 11 Milliarden DM verbessert worden sind.

Die Zinsbelastung für den Bund, 1969 noch bei 2,2 Milliarden DM und 1979 bei 11,3 Milliarden DM, lag 1983 bei 26,3 Milliarden DM und wird in den nächsten Jahren weiter steigen. Allein die Neuverschuldung aus 1983 führt zu einer zusätzlichen jährlichen Zinsbelastung von fast 2½ Milliarden DM.

Eine durchgreifende Gesundung der öffentlichen Haushalte erfordert auch weiterhin strenge Ausgabendisziplin. Es bestehen immer noch beträchtliche Haushaltsrisiken, zum Beispiel im Bereich der Lösung der Finanzprobleme der internationalen Verschuldung. Eine spürbare und echte Entlastung bei der Lohn- und Einkommensteuer verlangt eine finanzpolitische Schwerpunktbildung.

Übersicht des Bundeshaushalts

Nach vorläufigen Ergebnissen schließt der Bundeshaushalt 1983 mit Ausgaben von 246,7 Mrd. DM und Einnahmen von 215,2 Mrd. DM (einschl. Münzeinnahmen) bei einer Nettokreditaufnahme von 31,5 Mrd. DM ausgeglichen ab.

Im Soll/Ist-Vergleich ergibt sich folgendes Bild:

— in Mrd. DM —	Soll 1983	Vorl. Ist 1983	Abweichung
Ausgaben	253,2	246,7	—6,5
Steigerung/Ist 1982	(+3,5 v. H.)	(+0,8 v. H.)	
Einnahmen	211,9	214,8	+2,9
— Steuern	188,0	190,3	+2,3
Steigerung/Ist 1982	(+2,7 v. H.)	(+3,9 v. H.)	
— Verwaltungseinnahmen	23,9	24,5	+0,6
(davon Bundesbank)	11,0	11,0	—
Finanzierungssaldo	41,3	31,9	—9,4
Deckung			
Nettokreditaufnahme	40,9	31,5	—9,4
Münzeinnahmen	0,4	0,4	—

■ 59er REGELUNG

Die SPD verliert jetzt jeden Sinn für soziale Gerechtigkeit

Aus der von Frau Fuchs für die SPD-Bundestagsfraktion verkündeten „strikten Ablehnung“ der von der Bundesregierung beschlossenen Einschränkungen der sogenannten „59er Regelung“ ist, wie der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Wolfgang Vogt, feststellt, folgendes zu schließen:

Die SPD hält es für richtig, daß Personalprobleme der Unternehmen zu Lasten der Kassen der Sozialversicherung gelöst werden. Denn: Die sogenannte „59er Regelung“ hat bisher der Rentenversicherung 1,7 Milliarden Mark, der Arbeitslosenversicherung 700 Millionen Mark im Jahr gekostet. Ältere Arbeitnehmer, die von den Unternehmen „entlassen“ werden, erhalten mit 60 Jahren Rente und zahlen keine Beiträge mehr.

Die SPD plädiert für die Beibehaltung einer Rationalisierungsprämie; denn jeder zweite Großbetrieb hat sich der „59er Regelung“ bedient, um auf Kosten der Sozialversicherung seine Beschäftigungsprobleme zu lösen. Leer ausgegangen sind vor allem ältere Arbeitnehmer in kleinen und mittleren Unternehmen, die sich die schon bisher geltende Erstattung des Arbeitslosengeldes für ein Jahr nicht haben leisten können. Sie vor allem haben die Rationalisierungs- und Personalverjüngungspolitik der Großunternehmen mitfinanziert.

Die SPD hat mit dem Arbeitsförderungs-Konsolidierungsgesetz 1981 die Erstat-

tungspflicht der Unternehmen, die die „59er Regelung“ in Anspruch nehmen, beim Arbeitslosengeld eingeführt. Die Erstattungspflicht auch für vorgezogenes Altersruhegeld ist konsequent und plausibel. Sie ist der zweite Schritt, der folgerichtig dem ersten folgt. Jetzt ist der SPD offenbar der Sinn für Fairneß und soziale Gerechtigkeit völlig verlorengegangen.

Der Beschluß der Bundesregierung beseitigt soziale Ungerechtigkeit und Ungeheimheiten. Er führt zu mehr Plausibilität; die Sozialpolitik wird in sich stimmiger gemacht. Die Regelung ist mittelstandsfreundlich und arbeitnehmerfreundlich.

Wichtig für die Arbeitnehmer ist:

- Für die älteren Arbeitnehmer, die tatsächlich arbeitslos werden, ändert sich nichts.
- Nichts ändert sich auch für die Arbeitnehmer, die bereits in der „59er Regelung“ sind oder eine entsprechende Zusage des Arbeitgebers in der Tasche hatten.
- Ebenso ändert sich zukünftig nichts für den Arbeitnehmer, dem sein Arbeitgeber eine „59er Regelung“ anbietet. Nur: Dieser Arbeitgeber muß, wenn die Arbeitslosigkeit „künstlich“ herbeigeführt wird, der Versichertengemeinschaft die Kosten dafür erstatten.

Im übrigen gilt: Gerechter und wirtschaftspolitisch vernünftiger ist das Angebot der Bundesregierung an die Tarifvertragsparteien, an Unternehmer und Arbeitnehmer, sich an einer tarifvertraglich oder durch Einzelvertrag vereinbarten Vorruhestandsregelung zu beteiligen.

■ HESSEN

Ein rotgrünes Bündnis schadet den hessischen Interessen

Nach der Entscheidung der hessischen Grünen für eine Zusammenarbeit mit der SPD haben CDU und FDP den Sozialdemokraten ein Koalitionsgespräch angeboten. Die beiden Parteien begründeten dies mit der Feststellung, der derzeitige Kurs der SPD gefährde Hessen.

Die Landesvorsitzenden Walter Wallmann (CDU) und Wolfgang Gerhardt (FDP) erklärten in Frankfurt, sie hielten ein Gespräch zwischen der SPD und ihren Parteien über die unverzügliche Bildung einer stabilen, von einer parlamentarischen Mehrheit getragenen Landesregierung für unumgänglich. Wallmann und Gerhardt erklärten sich bereit, sofort und ohne Vorbedingung zu einem solchen Gespräch mit der SPD zusammenzukommen. In ihrer gemeinsamen Erklärung hieß es, die Kontinuität notwendiger Investitionen im Straßenbau, im staatlichen Hochbau und anderen Bereichen sei bei den Beratungen des Haushalts 1984 gefährdet. Auch sei immer noch nicht erkennbar, ob und wann eine Regierung gebildet werden könnte.

Der Landesvorsitzende der hessischen CDU und Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann hat das gemeinsame Angebot von FDP und CDU an die SPD, sofort Gespräche über eine Regierungsbildung in Hessen aufzunehmen, konkretisiert. Wallmann unterstreicht in dem Brief:

„Wenn wir uns alle anstrengen, dann ist kurzfristig Einvernehmen über das Arbeitsprogramm einer gemeinsamen Regierung gewonnen und diese im Landtag zur Abstimmung zu stellen“, heißt es weiter. Wallmann stützt die Wiederholung seines Angebots auf den Usinger Beschluß der Grünen vom Wochenende, der bewiesen habe, daß „aus dem Versuch der SPD, mit Hilfe der Grünen zu regieren, ... nichts Gutes für das Land Hessen erwachsen könne“.

Nachdem der Landesvorstand der SPD das Angebot abgeschlagen hat, stellt der stellvertretende Sprecher der CDU, Walter Brückmann, in Bonn fest:

Die in Usingen von den hessischen Grünen getroffene Entscheidung, die Vereinbarungen mit Börner und der SPD „als Ausgangspunkt für eine kontinuierliche Zusammenarbeit von Grünen und SPD in Hessen“ anzusehen und die Verhandlungen fortzusetzen, ist nicht ohne Tragweite für die gesamte innenpolitische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Was gegenwärtig in Hessen geschieht, hat Modellcharakter, denn das sich anbahnende rotgrüne Bündnis markiert vor allem die Abkehr der SPD von ihrem Charakter als Volkspartei.

Vorbei die Zeiten, da objektive Erkenntnisse und Tatsachen über die politische Zielsetzung der Grünen bei Vertretern der SPD klare Worte der Beurteilung und der Distanzierung fanden. Jetzt, bei der Annäherung an die Grünen, vollzieht fast ausschließlich die SPD den notwendigen Wandel. Die Grünen wollen eine andere Republik, ihre Programmatik dient nicht dem Fortschritt, sondern hat wirtschaftliche Verunsicherung und die Verelendung zur Folge. Börner aber spricht von wachsender „Politikfähigkeit“ der Grünen. Eine schlimmere Verschleierung der wahren Tatsachen hat es selten gegeben.

■ INFORMATION

Fast 90 Prozent der Delegierten für Bernhard Worms

Mit großer Geschlossenheit hat die CDU Nordrhein-Westfalens in Essen die Führungsposition von Oppositionsführer Bernhard Worms, der auch Spitzenkandidat bei der Landtagswahl 1985 ist, bestätigt. Auf der gemeinsamen und paritätisch besetzten Landesversammlung der beiden mitgliederstärksten CDU-Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe wurde Worms demonstrativ mit der Mehrheit von rund 89 Prozent der Stimmen zum neuen Vorsitzenden des CDU-Landespräsidiums, der Dachorganisation beider Landesverbände der Partei an Rhein und Ruhr, gewählt. Für ihn stimmten in geheimer Wahl 227 der 256 Delegierten. Nur zwölf Delegierte stimmten mit Nein, 17 enthielten sich der Stimme.

Bernhard Worms löste damit den westfälischen Landesvorsitzenden Kurt Biedenkopf auch in diesem Spitzenamt ab, nachdem er zuvor Stellvertreter des früheren Landtagsfraktionschefs im gemeinsamen Führungsgremium der in Nordrhein-Westfalen 270 000 Mitglieder zählenden Union gewesen war. Im Rollentausch wurde Kurt Biedenkopf zum neuen Stellvertreter gewählt. Biedenkopf erhielt (ohne Gegenkandidaten) in einem gesonderten Wahlgang 212 der 257 abgegebenen Stimmen, 20 Delegierte stimmten gegen ihn, und 25 enthielten sich der Stimme.

Auf einer Kundgebung im Abschluß an die Landesversammlung betonte Bundeskanzler Helmut Kohl, die CDU habe gute Chancen, 1985 die „verbrauchte“ Regierung Rau abzulösen. Dies sei im Interesse der Bürger an Rhein und Ruhr unbedingt

erforderlich, damit das Kernland der Bundesrepublik endlich auch den „Aufbruch“ schaffe. Der Kanzler kündigte an, er selbst und die ganze Union würden Worms im Wahlkampf mit allen Kräften unterstützen.

Strukturbericht '83: Fundgrube an SPD-Fehlern

Zur Vorlage des „Strukturberichtes 1983“ erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Abgeordneter Hansheinz Hauser, Krefeld: Kühl und sachlich diagnostiziert der Strukturbericht die Folgen des katastrophalen Irrglaubens der Sozialdemokratie an die Allmacht des Staates. Dieses Irrglaube ist bis zum heutigen Tag ungebrochen. Der Bericht ist eine Fundgrube von Fehlern der letzten 13 Jahre.

Die Auffassung der CDU/CSU-Fraktion wird bestätigt, daß wir mit dem Subventionsunwesen eine sehr schwere Erblast übernommen haben. Alle Institute kritisieren mit Recht das Übergewicht der staatlichen Erhaltungssubventionen und fordern ihren Abbau. Die vorgeschlagenen Streichungen von Subventionen in Höhe von 6,2 Milliarden DM sind eine Zielmarke, die die Größe des Problems umreißt und die Leistungsfähigkeit der Politik in besonderer Weise herausfordert. Sicher ist, daß jetzt der Abbau der Subventionen von Regierung und Regierungsfraktion energisch angepackt werden muß, nachdem die grundlegende Weichenstellung zur Gesundung des Staatshaushaltes und des sozialen Netzes bewältigt worden ist. Die Politik des wachsenden Staatseinflusses auf die Wirtschaftsgefüge, die Konservierung überholter Strukturen durch eine kräftige Zunahme finanzieller Eingriffe des Staates müssen der Vergangenheit angehören. Noch immer wirken falsche staatliche Anreize, verzögern den Strukturwandel und behindern die Wettbewerbsfähigkeit der nichtsubventionierten Unternehmen. Sie wirken wie ein süßes Gift, das

die Anpassungsfähigkeit und die Kreativität der geförderten Branchen einschläfert. Wir brauchen dagegen Einfallsreichtum und hohe Beweglichkeit, um den schweren Rückfall der deutschen Volkswirtschaft auch in der Hochtechnologie wieder aufzuholen.

Steigende Förderzahlen im sozialen Wohnungsbau

Im November 1983 sind nach den jetzt vorliegenden Meldungen der Länder insgesamt 10 169 Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus mit direkten staatlichen Hilfen gefördert worden. Das waren 10,3 Prozent mehr als im Vergleichsmonat des vorangegangenen Jahres. Diese Förderergebnisse hat Bundesbauminister Oscar Schneider in Bonn bekanntgegeben. In den Monaten Januar bis einschließlich November 1983 wurden damit Mittel für insgesamt 77 512 Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus zur Verfügung gestellt. Gegenüber dem vergleichbaren Vorjahresergebnis bedeutet dies eine Zunahme von 10 Prozent. Damit werde deutlich, daß auch im sozialen Wohnungsbau das von der Bundesregierung auferlegte Sofortprogramm zur Wiederbelebung des Wohnungsbaus seine positiven Wirkungen zeige.

Steuererleichterungen für umweltfreundliche Autos

Der Kauf umweltfreundlicher Autos ab 1986 soll durch steuerliche Erleichterungen besonders gefördert werden. Wie Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) jetzt andeutete, wird es dabei zu einem Bündel von Erleichterungen in den Bereichen Mineralöl-, Mehrwert- und Kfz-Steuer kommen. Auch gegen Widerstände der europäischen Automobilindustrie und in der Europäischen Gemeinschaft hält Zimmermann einen Stufenplan für möglich, der die Aufnahme von um-

weltfreundlichen Autos bei der europaweiten Einführung verbessern würde. Durch den internationalen Turnus im Modellwechsel der Autofirmen nach den Sommerferien sei aber beim vorgesehenen Einführungsstermin am 1. Januar 1986 eine Verschiebung um einige Monate denkbar.

Niveau des deutschen Filmes soll verbessert werden

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat Bundesinnenminister Zimmermann gegen die Angriffe des FDP-Bundestagsabgeordneten Baum auf den neuen Entwurf zur Filmförderung in Schutz genommen. Der medienpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, Dieter Weirich, erklärte, das Bestreben der Union sei eine „Hebung des kulturellen Niveaus und der Attraktivität des deutschen Films“. Eigentlich müßte die schwindende Attraktivität des deutschen Films auch Baum zu denken geben. Die Drohung Baums, eventuell Mittel im Haushaltsausschuß für die Filmförderung zu sperren, nannte Weirich geradezu klassisch illiberal. Wer mit administrativen Maßnahmen drohe, leiste keinen interessanten Beitrag über die notwendige Neuorientierung der Filmpolitik.

NATO: Sowjetunion hat jetzt 378 SS-20-Raketen

Die Sowjetunion hat laut NATO-Angaben ihr Arsenal der atomaren Mittelstreckenraketen vom Typ SS 20 weiter ausgebaut und im vergangenen Dezember neun Raketen installiert. In einer nach einer Sitzung der besonderen Beratergruppe der NATO am 11. Januar 1984 in Brüssel veröffentlichten Erklärung heißt es, die Sowjetunion verfüge jetzt über 378 SS-20-Raketen, die mit je drei Gefechtsköpfen bestückt werden können. Im Osten der Sowjetunion sei ein weiterer Stützpunkt für diese modernen Raketen errichtet worden.

■ MIETENBERICHT '83

Vorhersagen über Explosion der Mieten haben sich nicht bewahrheitet

Das Bundeskabinett hat im Umlaufverfahren den von Bundesbauminister Oskar Schneider vorgelegten Wohngeld- und Mietenbericht 1983 verabschiedet. Die Bundesregierung berichtet alle zwei Jahre über die Entwicklung von Wohngeld und Mieten.

Der Mietenbericht behandelt die Entwicklung der Wohnungsmieten in den Jahren 1982 und 1983. In diesen Zeitraum fallen mietenpolitisch wichtige Entscheidungen. Dies waren einmal die Anfang 1983 in Kraft getretenen mietrechtlichen Neuregelungen, die den Altbaubestand und den Bestand freifinanzierter Neubauwohnungen betreffen, zum anderen Anhebungen der Zinsen für öffentliche Baudarlehen im älteren Sozialwohnungsbestand, die schon ab Anfang 1982 auf die Mietentwicklung in diesem Bereich haben einwirken können. Der Mietenbericht weist nach Ansicht von Bundesbauminister Dr. Schneider aus, daß auch im Jahr 1983 die Mietentwicklung in relativ ruhigen Bahnen verlaufen ist. Er widerlegte eindeutig die Anfang 1983 verschiedentlich im Blick auf die mietrechtlichen Neuregelungen gemachten Vorhersagen, die von einer Mietexplosion, von durchschnittlichen Mietsteigerungsraten um 30 und mehr Prozent gesprochen hätten.

Im Jahr 1982 hatte die Mietsteigerungsraten bei 5 Prozent gelegen. Im Jahr 1983 betrug die Steigerung gegenüber dem Vorjahr ca. 5,3 Prozent. Die Mietsteigerung

hat sich im Jahresverlauf 1983 abgeschwächt. Im Dezember 1983 lag sie nur noch ca. 4,6 Prozent über dem Wert im Dezember 1982.

Unterschiedlich ist die Mietentwicklung im freifinanzierten Wohnungsneubau (nach 1948 gebaute Wohnungen) und im Altbaubestand. Wie in den vorangegangenen Jahren überschritten die Steigerungen der Mieten für Altbauwohnungen die für freifinanzierte Neubauwohnungen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß das Ausgangsniveau der Mieten für Altbauwohnungen deutlich niedriger ist. In dieser Aufschlüsselung liegen Zahlen erst bis einschließlich November 1983 vor.

Im freifinanzierten Wohnungsbau betrug von Januar bis einschließlich November die Mietsteigerungsrate gegenüber dem Vorjahr 4,1 Prozent. 1982 waren es in diesem Zeitraum noch 4,5 Prozent. Im November 1983 war die Entwicklung noch günstiger; in diesem Monat lag die Steigerungsrate gegenüber November 1982 lediglich bei 3,7 Prozent.

Die Altbaumieten sind in den ersten 11 Monaten gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 6,4 Prozent gestiegen. Auch hier konnte im November 1983 eine leichte Beruhigung der Mietentwicklung festgestellt werden. Die Steigerungsrate lag im November noch bei 6,1 Prozent. Diese Entwicklung spiegelt, so der Mietenbericht, die unterschiedliche Situation auf beiden Teilmärkten wider. Bei stagnierenden

Realeinkommen wende sich die Wohnungsnachfrage tendenziell mehr dem preisgünstigen Altbaubestand zu.

Es sei einzuräumen, so Minister Schneider, daß die Mietsteigerungsrate im Jahr 1983 über der Steigerungsrate für die Lebenshaltungskosten allgemein gelegen habe, die erheblich habe reduziert werden können. Dennoch habe auch dieser stärkere Anstieg der Mieten lediglich einen teilweisen Ausgleich der von 1979 bis 1982 real gesunkenen Mieterträge bewirkt. Der Minister wies darauf hin, daß der Anstieg der Lebenshaltungskosten von 1976 bis 1982 30,5 Prozent betrug. Die Mieten erhöhten sich in diesem Zeitraum lediglich um 26,4 Prozent. Diese Entwicklung habe mit dazu beigetragen, daß die Investitionsbereitschaft im Mietwohnungsbau erlahmte. Auch unter Einbeziehung des letzten Jahres liegt jedoch der Mietindex mit einer Steigerung von ca. 33 Prozent gegenüber 1976 noch unter dem Index der allgemeinen Lebenshaltungskosten, die in diesem Zeitraum um 34,4 Prozent gestiegen sind.

Am kräftigsten fiel der Mietanstieg im Jahr 1983 im Sozialwohnungsbestand aus. Die Sozialmieten stiegen in den ersten 11 Monaten 1983 um 6,5 Prozent. Dies, so Minister Schneider, sei allerdings kein Resultat des neuen Mietrechts oder der Marktentwicklung, sondern Folge der noch von der alten Bundesregierung eingeleiteten Maßnahmen zum Abbau von Mietverzerrungen im sozialen Wohnungsbau. Im November 1983 hat sich auch der Preisanstieg bei den Sozialmieten allerdings beruhigt. Die Steigerungsrate lag gegenüber dem November 1982 bei 5,2 Prozent.

Minister Schneider wies darauf hin, daß schon im Wohngeld- und Mietenbericht 1981 auf die Notwendigkeit hingewiesen worden sei, die längerfristigen Ertragsaus-

sichten im freifinanzierten Mietwohnungsbau zu verbessern. Dies sei mit den 1983 in Kraft getretenen Mietrechtsänderungen geschehen. Aufgabe der Wohnungspolitik sei es, einen Interessenausgleich zwischen Mietern und Vermietern zu ermöglichen. Dieser Interessenausgleich finde im Rahmen des Mietrechts ganz konkret auf dem Wohnungsmarkt statt. Die Mieter hätten eine um so stärkere Position, je höher das Angebot an Mietwohnungen sei. Ihre Position verschlechtere sich, wenn das Angebot an Mietwohnungen schrumpfe. Das meinte er mit seiner Aussage, ein großes Wohnungsangebot sei der beste Mieterschutz. Im Blick auf die Mietentwicklung zeige sich dies vor allem dort, wo heute schon das Angebot an Mietwohnungen die Nachfrage übersteige.

Wohngeld

Der Wohngeldbericht behandelt die Entwicklung der Wohngeldleistungen bis 1983 und die Auswirkungen der verschiedenen Änderungen des Wohngeldrechts seit 1981.

Ende 1982 gab es rund 1,8 Millionen Wohngeldempfänger, fast ebenso viele wie ein Jahr zuvor. 93 Prozent der Wohngeldempfänger waren Mieter, 7 Prozent Eigenheimer oder Besitzer von Eigentumswohnungen, die Wohngeld in Form des Lastenzuschusses erhielten. Damit haben 11 Prozent aller Mieter in der Bundesrepublik Wohngeld erhalten. Die durchschnittliche Höhe des Wohngeldes lag bei monatlich 110 Mark. Das Wohngeld deckt bei den begünstigten Mietern durchschnittlich ein Drittel der Miete ab.

Die Wohngeldausgaben sind im Jahr 1983 mit 2,6 Milliarden Mark etwa genauso hoch gewesen wie 1982, sie lagen um 43 Prozent höher als 1980. 1983 sind Änderungen des Wohngeldrechts wirksam geworden, die im Zweiten Haushaltsstruktur-

gesetz 1982 und im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes 1983 beschlossen worden waren. Durch den Abbau von Sonderbegünstigungen bestimmter Personengruppen sollte ein Beitrag zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte geleistet werden (so werden beispielsweise schwerbehinderte Haushaltsmitglieder bei der Wohngeldberechnung nicht mehr doppelt gezählt). Diese Einsparungen wurden 1983 durch Mehrleistungen, vor allem aufgrund der relativ hohen Arbeitslosenzahlen, aufgewogen. Dies zeigt, daß das Wohngeld in wirtschaftlich schwierigen Phasen verstärkt als Instrument der wirtschaftlichen Sicherung des Wohnens zur Geltung kommt.

Das Wohngeld, so Minister Schneider, sei ein auf die persönlichen Verhältnisse des einzelnen Haushalts abstellendes Instrument zur sozialen Absicherung marktwirtschaftlicher Wohnungspolitik. Es könne seine Aufgabe nur erfüllen, wenn die Wohngeldempfänger bei gleichbleibenden persönlichen Voraussetzungen von einer gewissen Stetigkeit der durch das Wohngeld bewirkten Entlastungen ausgehen könnten. Das Wohngeld müsse von Zeit zu Zeit an die Mieten- und Einkommensentwicklung angepaßt werden. Es sei aber Teil der Sozialleistungen der Solidargemeinschaft, deren Ausgestaltung und Leistungsstandard auch von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der Situation der öffentlichen Haushalte abhingen. Über Zeitpunkt und Ausmaß der nächsten Wohngeldnovelle werde in diesem Jahr entschieden werden. Die Bundesregierung prüfe gleichzeitig, ob die nächste Wohngeldanpassung mit einer teilweisen Umstellung des Systems verbunden werden solle. Dabei gehe es darum, die berücksichtigungsfähigen Miethöchstbeträge nicht mehr wie bisher nach Gemeindegrößen zu staffeln, sondern nach dem jeweiligen regionalen Mietenniveau.

■ BUNDESPARTEI

Fachausschüsse haben sich konstituiert und Vorstände gewählt

Für die Dauer der Wahlperiode des 10. Deutschen Bundestages haben sich in den vergangenen Wochen die Bundesfachausschüsse der CDU konstituiert. Lediglich die Konstituierung des Bundesfachausschusses für Agrarpolitik steht noch aus. Sie soll am 16. Dezember erfolgen.

Diese Ausschüsse dienen der fachlichen Beratung und Unterstützung der Arbeit des Bundesvorstandes der CDU. Die Berufung der Mitglieder erfolgt durch den Generalsekretär. Dabei werden die Vorschläge der CDU-Landesverbände, der Vereinigungen der CDU sowie von Organisationen, die der CDU nahestehen, berücksichtigt.

Die bereits konstituierten Bundesfachausschüsse wählten die folgenden Persönlichkeiten zu Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden:

Bundesfachausschuß Jugendpolitik

Vorsitzende:

Prof. Dr. Gabriele Kokott-Weidenfeld, MdL

Stellvertreter:

Parl. Staatssekretär Otto Bernhardt, MdL;

Hans-Georg Warken

Bundesfachausschuß Innenpolitik

Vorsitzender:

Innenminister Kurt Böckmann, MdL

Stellvertreter:

Rolf Klein, MdL; stellv. Vors. der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Karl Miltner, MdB

Bundesfachausschuß Sozialpolitik

Vorsitzender:
Senator Ulf Fink

Stellvertreter:
Roswitha Verhülsdonk; Kurt Härzschel

Bundesfachausschuß Wirtschaftspolitik

Vorsitzender:
Minister Dr. Jürgen Westphal

Stellvertreter:
Peter Jungen; Senator Elmar Pieroth

Bundesfachausschuß Sport

Vorsitzender:
Parl. Geschäftsführer der CDU/CSU-Bun-
destagsfraktion, Dr. Wolfgang Schäuble,
MdB

Stellvertreter:
Graf Landsberg-Velen;
Jürgen Rosorius, MdL

Bundesfachausschuß Familienpolitik

Vorsitzender:
Prof. Dr. Rita Süßmuth

Stellvertreter:
Norbert Schlottmann, MdB; Rita Wasch-
büsch, MdL

Bundesfachausschuß Kulturpolitik

Vorsitzender:
Kultusminister Dr. Peter Bendixen, MdL

Stellvertreter:
Parl. Staatssekretär Anton Pfeifer, MdB;
Dr. Gerhard Rödding, MdL

Bundesfachausschuß Umwelt

Vorsitzender:
Senator Dr. Volker Hassemer

Stellvertreter:
Staatssekretär Prof. Dr. Klaus Töpfer;
Dr. Reinhard Göhner, MdB

Bundesfachausschuß Außenpolitik

Vorsitzender:
Stellv. Vors. der CDU/CSU-Bundestags-
fraktion, Volker Rühle, MdB

Stellvertreter:
Prof. Dr. Werner Weidenfeld;
Elmar Brok, MdEP

Bundesfachausschuß Städte- und Wohnungsbau

Vorsitzender:
Dr. Franz Möller, MdB

Stellvertreter:
Ingrid Roitzsch, MdB; Heinz Soénius, MdL

Bundesfachausschuß Entwicklungspolitik

Vorsitzender:
Karl Lamers, MdB

Stellvertreter:
Parl. Staatssekretär Dr. Volkmar Köhler,
MdB; Prof. Dr. Klaus Simon

Bundesfachausschuß Verkehrspolitik

Vorsitzender:
Dirk Fischer, MdB

Stellvertreter:
Dr. Günter Becker;
Gerhard O. Pfeffermann, MdB

Bundesfachausschuß Energiepolitik

Vorsitzender:
Ludwig Gerstein, MdB

Stellvertreter:
Dr. Lutz Stavenhagen, MdB;
Dr. Gerd Löffler, MdHB

Bundesfachausschuß Sicherheitspolitik

Vorsitzender:
Markus Berger, MdB

Stellvertreter:
Udo Ehrbar, MdB; Dr. Paul Wilhelm Kolb

Bundesfachausschuß Gesundheitspolitik

Vorsitzender:
Senatsdirektor Albrecht Hasinger

Stellvertreter:
Dr. Hanna Neumeister; Minister Dr. Rudi Geil

Delegiertenschlüssel zum 32. Bundesparteitag

Festzahl 750 Delegierte (600 nach Mitgliederzahlen und 150 nach Zweitstimmenanteil) + 30 Delegierte der Exil-CDU + 1 Ehrenvorsitzender (Beschluß vom 25. Bundesparteitag in Düsseldorf)

Landesverband	Zweitstimmen (Z)	Anzahl	Mitglieder (M) per 31. 10. 1983	Anzahl	Z + M insges.	bisher	%
Baden-Württemberg	3.010.521	30	94.674	78	108	(106)	14,40
Berlin	605.007 [*])	6	16.401 ^{**)}	13	19	(19)	2,53
Bremen	156.603	1	3.958	3	4	(4)	0,53
Hamburg	414.055	4	14.328	11	15	(15)	2,00
Hessen	1.614.641	16	71.193	58	74	(75)	9,87
Braunschweig	269.112	2	10.979	9	11	(11)	1,47
Hannover	1.682.088	16	79.503	65	81	(82)	10,80
Oldenburg	272.788	2	18.308	15	17	(17)	2,27
Rheinland	2.655.508	26	138.922	114	140	(139)	18,66
Westfalen-Lippe	2.391.304	24	132.728	109	133	(133)	17,73
Rheinland-Pfalz	1.241.886	12	79.848	65	77	(78)	10,26
Saar	336.999	3	31.209	25	28	(28)	3,74
Schleswig-Holstein	812.175	8	42.980	35	43	(43)	5,74
		150		600	750	Delegierte	100,00
Exil-CDU (Delegierte mit eingeschränktem Stimmrecht)					30		
Ehrenvorsitzender					1		
Gesamtdelegiertenzahl					781		

^{*}) Zweitstimmen zur letzten Abgeordnetenhauswahl am 10. Mai 1981

^{**)} 200 im Osten der Stadt lebende Mitglieder der Ostsektor-Kreisverbände, von einer Kommission des Landesverbandes festgestellt

UNION BETRIEBS GMBH
 POSTFACH 24 49
 5300 BONN 1
 POSTVERTRIEBSSTÜCK
 Z 8398 C
 GEBÜHR BEZAHLT

TERMINE

- 20. 1. **CDU Rheinland**
 Gesch. Landesvorstand
 und Landesvorstand, Köln
- 20./22. 1. **CDA Bremen**
 Klausurtagung des Landesvorstandes, Barnstorf
- 20. 1. **KPV Bund**
 Bundesvorstand und
 Hauptausschuß, Bonn
- 21. 1. **CDU Hessen**
 Landesparteitag (Neuwahl),
 Friedberg/Stadthalle
- 21. 1. **Frauenvereinigung Rheinland**
 Landesvorstand, Köln
- 21. 1. **LV Schleswig-Holstein**
 Landesvorstand, Kiel
- 22. 1. **Junge Union Braunschweig**
 Landesverbandstag, Helmstedt
- 23./24. 1. **CDA Bund**
 Bundessozialsekretärskonferenz,
 Königswinter
- 23. 1. **CDU Präsidium**
 Sitzung, Bonn
- 23. 1. **CDU Bundesvorstand**
 Sitzung, Bonn
- 23. 1. **OMV Bundesvorstand**
 Sitzung, Bonn
- 27. 1. **MIT (WMV) Schleswig-Holstein**
 Landesvorstand, Bad Bramstedt
- 28. 1. **LV Baden-Württemberg**
 Betriebsrätekonferenz

für Baden-Württemberg
 (Raum Heilbronn)

- 30. 1. **LV Braunschweig**
 Landesausschuß, Braunschweig
- 1. 2. **KPV Bund**
 Fachausschuß „Raumordnung,
 Städtebau und Strukturpolitik“,
 Bonn
- 1. 2. **LV Rheinland-Pfalz**
 Landesparteiausschuß, Mainz
- 3./5. 2. **Junge Union Bund**
 Vorstand, Isny
- 4. 2. **LV Baden-Württemberg**
 19. Landesparteitag, Karlsruhe
- 6. 2. **CDU Präsidium**
 Sitzung, Bonn
- 10./12. 2. **EAK der CDU/CSU**
 26. Bundestagung,
 Wuppertal/Stadthalle
- 10./11. 2. **CDA Bund**
 Geschäftsführender Bundesvorstand
 und Bundesvorstand, Königswinter
- 11. 2. **LV Baden-Württemberg**
 Landestagung AK Polizei,
 (Raum Bruchsal)

Bei den Terminen zum Europa-Wahlkampf in UiD 1/84 auf Seite 3 muß es natürlich heißen: Europa-Festival der Jugend am Donnerstag, 31. Mai 1984, in Saarbrücken. Irrtümlich war aus dem Donnerstag ein Samstag geworden.

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje, Eberhard Luetjohann. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD